

GEWERKSCHAFTEN UND PARLAMENT

(Auszug aus den Begrüßungsworten von Prof. Dr. Carlo Schmid in Vertretung des Präsidenten des Bundestages an den 2. ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Berlin.)

Die Gewerkschaften sind ja längst zu mehr geworden als einem geschlossenen Verein, der mit dem Sozialpartner für seine Mitglieder, und nur für sie, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen aushandelt; die Gewerkschaften sind vielmehr, wenn auch nicht der äußeren Form, so doch ihrer inneren Wirklichkeit nach, zu Einrichtungen des öffentlichen Rechts, auf jeden Fall aber zu tragenden Pfeilern unserer Verfassungswirklichkeit geworden — in ganz anderer Weise als die politischen Parteien es sind, aber mit nicht geringerem Gewicht und nicht geringerer — auch politischer — Verantwortung. Denn für die politischen Auswirkungen seines Tuns ist nicht nur verantwortlich, wer vermittelnd in politischen Körperschaften im strengen Sinne des Wortes wirkt, sondern jeder, dessen Tun und Lassen kraft seines Schwergewichtes und seiner Schlüsselstellung im Gefüge des Volkes die Bedingungen verändert, die den politischen Organen für ihre Entscheidungen vorgegeben sind.

Wie die politischen Parteien nicht für ihre eingeschriebenen Mitglieder stehen und sprechen, sondern für das ganze Volk, von dem ein Querschnitt in ihnen jeweils den Ausdruck und das Instrument wenigstens des Schwerpunktes ihres politischen Wollens erblickt, so stehen und sprechen die Gewerkschaften für das ganze werktätige Volk, das in abhängiger Arbeit steht — auch für jene Werk-tätigen, die glauben, den Gewerkschaften nicht als Mitglieder beitreten zu sollen und sich damit begnügen zu dürfen, die Früchte des Wirkens der Gewerkschaften zu genießen. Diesen Rang als Sprecher und Vertreter aller Werk-tätigen haben die Gewerkschaften nicht nur deswegen, weil die Lebens- und Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterschaft bestimmt worden sind und bestimmt werden durch das, was sie erlitten haben — sondern sie stehen und sprechen für den Gesamt-bereich der Arbeitnehmer, weil in dem Emanzipationsprozeß, in dem seit hundert Jahren der Arbeiter darum kämpft, von einem bloßen Spielball des seelenlosen Mechanismus der Wirtschaft zum eigenständigen Gestalter seiner Lebensordnungen zu werden, die Gewerkschaften in einem langen und folgerichtigen geschichtlichen Prozeß das Instrument geworden sind, das sich die Arbeiterbewegung zunächst in dumpfem Drange, dann in immer hellerer Bewußtheit dessen, was diesem Jahrhundert not tut, geschaffen hat, um diesen geschichtlichen Prozeß der Freistellung der Werk-tätigen aus Fron und Untertanenschaft aus eigener Verantwortung in die eigenen verständig gestaltenden Hände zu nehmen und so aus dem Katastrophenfeld des blinden Kämpfens herauszuholen.

Darin liegt die innere Berechtigung der Forderung der Gewerkschaften, auch innerhalb der Betriebe selbst zu mitverantwortlicher Mitbestimmung zu kommen. So gestalten die Gewerkschaften durch ihr bloßes Dasein an dem geschichtlichen und staatlichen Schicksal der Nation mit. Sie sind heute parteipolitisch neutral, aber sie stehen nicht außerhalb der Politik. Ihre parteipolitische Neutralität bedeutet nicht politische Sterilität. Wem im Bereiche des Gesellschaftlichen so viel Verantwortung aufgebürdet ist, wessen Tun und Lassen so viel für das Gefüge des Volkskörpers bedeuten kann wie das Tun und Lassen der Gewerkschaften, der ist ohne besondere Investitur durch eine geschriebene Verfassung passiv und aktiv eine politische Potenz. Gewiß: die eigentlichen politischen

CARLO SCHMID

Entscheidungen der Nation haben die Gewerkschaften nicht zu fällen. Es gibt nur einen Gesetzgeber, und das ist das Parlament, ein Parlament, das in seiner Entscheidung frei sein muß. Und es gibt nur einen, der die Regierung förmlich zur Verantwortung ziehen und mit Anweisungen versehen kann — und das ist wiederum das Parlament und nur das Parlament. Aber niemand kann gerechterweise die Gewerkschaften daran hindern, ihre Stimme zu erheben und die Ernsthaftigkeit ihrer Forderungen und Wünsche mit Nachdruck deutlich zu machen. Das Parlament muß sich dann sein Urteil bilden. Es würde seine Pflichten verkennen, wenn es glaubte, seine Beschlüsse fassen zu können, ohne der Realitäten zu achten, die je und je durch das Dasein und Wirken der Gewerkschaften und die Kraftströme, die davon ausgehen, geschaffen worden sind.

Ein Parlament, das solches täte, würde aufhören, ein Spender heilsamer Gesetze zu sein, denn das „Du sollst“ des Gesetzgebefehls hat seinen letzten Sinn doch darin, daß es das Tun der Menschen auf die lebendigen sich immer neu gestaltenden Wirklichkeiten hin ordnet, in deren Kräftefeld sich unser Leben entfaltet.

Und in welchem Felde strömt es kraftvoller als in jenem, dessen Koordinaten durch das Verhältnis des Menschen zu Arbeit und zur Freiheit bestimmt werden?

Darum ist es nicht so, daß das Parlament mit den Gewerkschaften nur zu „rechnen“ hätte, wie man nun einmal mit einem leidigen Mahner zu rechnen hat, auf den man gelegentlich angewiesen sein mag und dessen Reaktionen einem wegen der Folgen nicht gleichgültig sein können — sondern das Parlament hat mit den Gewerkschaften zu „rechnen“, wie der Ingenieur mit den Gegebenheiten und Größen zu rechnen hat, in denen die Faktoren eingebettet liegen, die der Stoff seines ordnenden und „bahnmachenden“ Gestaltungswillens sind.

Wo das eingesehen wird, kann das Verhältnis von Parlament und Gewerkschaften nichts anderes als ein Verhältnis lebendiger Wechselwirkung und gegenseitiger Achtung bei gegenseitiger Einsicht in die Verschiedenheit der beiden gestellten Aufgaben und der Ebenen, auf denen sie beide ihrem Wesen nach zu wirken haben, sein. Die durch diese Verschiedenheit der Ebenen und Aufgaben begründete Verschiedenheit der Ordnungen und Gegenstände ihres Wirkens wird auch dann nicht aufgehoben, wenn beide Schichten sich durchdringen. Dieser Wechselbeziehung von Parlament und Gewerkschaften und dieser Achtung des Deutschen Bundestages für den DGB Ausdruck zu geben, ist der Sinn der Grüße und der guten Wünsche, die ich namens der politischen Vertreter des deutschen Volkes an diesen Kongreß und damit an den Vertreter der Gesamtheit der Arbeitnehmer dieses deutschen Volkes richte.

JAKOB KAISER

Die deutsche Arbeiterschaft dankt es den Gewerkschaften, daß sie immerhin geistige und wirtschaftliche Sicherheit genug gewonnen hat, um sich ihres Wertes und ihrer Bedeutung bewußt zu sein. Die Arbeiterschaft braucht aber auch heute noch eine starke Gewerkschaftsbewegung, um sich diese Sicherheit weiter zu erhalten, zu mehren und als maßgeblichen mitgestaltenden Faktor in Wirtschaft und Politik unseres Volkes — sagen wir es mit einem großen Wort — der Nation, zur Geltung zu bringen. Nicht nur die Arbeiterschaft braucht die Gewerkschaften, sondern unser Volk als Ganzes braucht ihre verantwortliche Mitarbeit.